

31. Januar 2018, 18:54 Studie der Uni Bielefeld

Schlusslicht Bayern

Politische Bildung an Schulen im Ländervergleich ungenügend

Von A. Günther, P. Munzinger

Politische Bildung ist wichtig, daran lassen bayerische Politiker keine Zweifel. Wünschen Opposition und Verbände sich aber mehr Demokratieerziehung in der Schule, entgegnet die CSU-Fraktion und das Schulministerium, wie viel Bayern doch schon tue. Politische Bildung ist auch ein Schwerpunkt im zwei Milliarden Euro schweren Bildungspaket. Damit wird im kommenden Herbst wieder ein neunjähriges Gymnasium eingeführt, aber auch die anderen Schularten sollen profitieren. Geht es allerdings nach Forschern der Universität Bielefeld, ist die Demokratie-Offensive der Bayern längst überfällig. Die Sozialwissenschaftler Reinhold Hedtke und Mahir Gökbudak haben untersucht, in welchen Bundesländern derzeit wie viel Politik unterrichtet wird. An diesem Mittwoch haben sie ihre Studie vorgestellt. Und ausgerechnet Bayerns Kultusminister Ludwig Spaenle als Sprecher der Unionsminister in der Kultusministerkonferenz (KMK) und Helmut Holter, der neue KMK-Präsident, landen auf den letzten Plätzen. Holter hatte seine Amtszeit der Demokratieerziehung gewidmet. Sein Land Thüringen ist Vorletzter, nur Bayern schneidet im Ranking noch schlechter ab.

Für ihre Studie haben Hedtke und Gökbudak die Zahl der Stunden verglichen, die das Thema auf dem Stundenplan von Schülern der Sekundarstufe 1 einnimmt, in Bayern also an Gymnasien, Real- oder Mittelschulen. Dabei haben die Soziologen erhebliche Unterschiede festgestellt. So widmen sich Schüler in Hessen und Schleswig-Holstein, den beiden Spitzenreitern im Ländervergleich, acht Mal länger der politischen Bildung als Mädchen und Buben in Bayern, wo Sozialkunde eine Stunde pro Woche umfasst. Oder, so rechnet Hedtke hoch, 30 Stunden in einem gesamten Schulleben. Die Forscher sprechen von drei "verschiedenen Kulturen politischer Bildung", die sich in Deutschland feststellen ließen: einer Kultur der Anerkennung, einer Kultur der Mittelmäßigkeit und einer Kultur der Missachtung. Bayern zählen sie zur letzten Kategorie.

Aus dem bayerischen Kultusministerium heißt es bei Forderungen nach mehr Politikunterricht stets, dass das Fach Sozialkunde nicht allein dieses Wissen vermittele. Leitfächer seien auch Geschichte, Erdkunde und Wirtschaft/Recht. Im neuen G 9 bekommen Geschichte und Sozialkunde auch zusätzliche Stunden, Erdkunde und Wirtschaft gehören dagegen zu den wenigen Fächern, die leer ausgehen. Das sieht man im Ministerium entspannt. Demokratieerziehung sei Aufgabe aller Bereiche, also auch Thema im Deutsch-, Religions-, Kunst- oder Sportunterricht. Außerdem gebe es Demokratie-Projekte, aktuelle politische Ereignisse könnten immer thematisiert werden und die Schüler erlebten Politik als Klassen- oder Schülersprecher praktisch

im Schulalltag.

Den Bielefelder Forscher Hedtke überzeugt das Argument nicht. "Niemand würde sagen, wir brauchen weniger Matheunterricht, nur weil auch in Physik gerechnet wird." Die Bedeutung, die einem Thema beigemessen werde, lasse sich am besten an der Stundentafel ablesen. Die Forscher betonen, dass sie die bildungspolitischen Vorgaben erfassen, also die Zeit, die für politische Bildung vorgesehen ist - nicht die schulische Realität. Die sehe im Bereich der politischen Bildung oft noch düsterer aus.

URL: <http://www.sueddeutsche.de/bayern/studie-der-uni-bielefeld-schlusslicht-bayern-1.3848049>

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ vom 01.02.2018

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.